

# Der Fall Chodorkowskij: Zur Tomographie eines politischen Konflikts

*Gernot Erler*

Am Montag, den 29. September 2003, war der Konferenzsaal des vornehmen Adlon-Hotels in Berlin überfüllt. Alt-Außenminister Hans-Dietrich Genscher führte einen Gast aus Russland ein, den viele sich ganz anders vorgestellt hatten: den reichsten Mann Russlands, den »Oligarchen« Michail Chodorkowskij. Ans Rednerpult trat ein fast zierlicher, schüchtern wirkender Mann mit auffallend leiser Stimme. Er erzählte nichts vom Ölgeschäft. Er ließ sich keine politischen Bemerkungen entlocken. Für eine halbe Stunde berichtete er über seine Stiftung »Offenes Russland«, über die Bedeutung von Bildung und neuen Medien und warum er die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Russland für wichtig und unterstützenswert halte. Überhaupt, so kündigte Chodorkowskij an, werde er sich in fünf Jahren aus dem Geschäftsleben zurückziehen. Einige Zuhörer rechneten nach: Das wäre dann das Jahr 2008, das Jahr der nächsten Präsidentschaftswahlen in Russland, zu denen Amtsinhaber Wladimir Putin nach der russischen Verfassung nicht mehr antreten dürfte. Vielleicht hatte hier ja ein Kandidat, der im Jahre 2008 mit dann 45 Jahren und seinem Milliardenvermögen eine gute Ausgangsbasis haben würde, gerade seine Visitenkarte abgegeben.

Am 25. Oktober desselben Jahres stürmen verummte und schwerbewaffnete Männer der Spezialeinheit Alfa auf dem Flughafen von Nowosibirsk den Privatjet des Ölmagnaten und Chefs des Jukos-Konzerns, brechen die Tür zu seinem Salon auf und brüllen: »Geheimdienst! Hände hoch! Dokumentenkontrolle! Nicht bewegen, wir schießen!«. Dazu kommt es nicht, denn Michail Chodorkowskij soll sich mit einem lakonischen »Gut, gehen wir!« in seine filmreife Verhaftung gefügt haben. Aus seinem geplanten Weiterflug nach Irkutsk wurde nichts. Vergeblich warteten dort die Leute in dem Ort Listwjanka auf seinen angekündigten Vortrag zum Thema »Die Bedeutung der Wirtschaft für die Herausbildung der Zivilgesellschaft«, mit dem Chodorkowskij's Stiftung »Offenes Russland« nun auch am Ufer des Baikal-Sees jenes Aufklärungsprogramm unter dem Logo »Schule der öffentlichen Politik« beginnen wollte, mit dem die Stiftung schon in vielen Orten des Landes aufgetreten war.

Grundlage der Verhaftung war eine 50-seitige Anklageschrift, die dem »Oligarchen« Verstöße gegen sieben Gesetze vorwirft und ihn unter anderem des Privatisierungsbetruges und der massiven Steuerhinterziehung beschuldigt. Formal handelt es sich um ein Vorgehen der russischen Generalstaatsanwaltschaft in Sachen Wirtschaftskriminalität. Eigentlich eine alltägliche Angelegenheit. Die Verhaftung Chodorkowskij konnte auch nicht wirklich überraschen, weder die Öffentlichkeit noch ihn selbst. Schließlich war bereits am 19. Juni 2003 Alexej Pitschugin, der Sicherheitschef von Jukos, wegen mehrfachen Mordverdachts in Untersuchungshaft gekommen, und am 3. Juli war ihm der Jukos-Aktionär und Präsident der Finanzholding MENATEP, Platon Lebedew, gefolgt, ebenfalls wegen angeblicher Verwicklung in ein Kapitalverbrechen und wegen Privatisierungsbetrugs. Und am 23. Oktober hatten die Staatsanwälte dem Ölmagnaten bereits eine Vorladung zur Zeugenaussage für den folgenden Tag in seine Moskauer Konzernzentrale geschickt, der Chodorkowskij aber wegen seiner Dienstreise nicht Folge leistete.

Der Zugriff kam also nicht von ungefähr, aber er erregte Aufsehen über den Tag hinaus. Der Fall Chodorkowskij, das stellte sich in der Zeit nach dem 25. Oktober bald heraus, entfaltete innenpolitische und sogar internationale Dimensionen: Er beeinflusste die russischen Parlamentswahlen vom 7. Dezember 2003 und die Präsidentschaftswahlen vom 14. März 2004, er provozierte grundsätzliche Fragen und Diskussionen zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik, zum Stand rechtsstaatlicher Verfahren und zur Zukunft der Zivilgesellschaft im russischen Transformationsprozess, und er löste zahlreiche kritische Reaktionen bei Russlands Partnern und bei internationalen Organisationen aus, so bei der Europäischen Union, beim Europarat und in den Vereinigten Staaten. Die Anwälte Chodorkowskij streben auch eine Befassung des Europäischen Gerichtshofs und der Vereinten Nationen mit dem Fall ihres Mandanten an.

Diese Auswirkungen des Falles Jukos-Chodorkowskij machen es sinnvoll, sich mit den Details, den Hintergründen und Begleitumständen näher vertraut zu machen, auch um nachzuvollziehen, wie dieser zunächst alltäglich anmutende Vorgang solche politischen Folgewirkungen auslösen konnte.

## Chodorkowskij: Der Aufstieg vor dem Fall

Michail Borisowitsch Chodorkowskij wird am 26.6.1963 in Moskau geboren. Beide Eltern sind Chemie-Ingenieure, Vater Boris Moisejewitsch bringt es bis zum Stellvertretenden Cheftechnologien der Moskauer Messinstrumente-Fabrik »Kalibr«. Der Sohn absolviert gleich zwei Studiengänge: als Ingenieur-Technologie am Moskauer Mendelejew-Institut (1986) und als Volkswirt am angesehenen Moskauer Plechanow-Institut (1988). Im selben Jahr finden wir das Mitglied der KPdSU als Stellvertretenden Komsomolsekretär, und er gehört zu den weitsichtigen Kadern des Parteinachwuchses, die rasch begreifen, wie man aus dieser Position in der Phase der beginnenden Privatisierung eigene Chancen macht. Schon 1987 übernimmt Chodorkowskij die Leitung eines Komsomol-Unternehmens (»Zentrum für wissenschaftlich-technisches Schöpfungstum der Jugend-Stiftung für Jugendinitiative«), zwei Jahre später auch die Leitung der Organisation, die eigens zur Geldbeschaffung für dieses Jungunternehmen geschaffen wird (»Kommerzielle Innovationsbank für wissenschaftlich-technischen Fortschritt«). Der private Aneignungsprozess findet in diesem Fall 1990 seinen Abschluss, als das Bankunternehmen dem Moskauer Städtowjet das Komsomol-Unternehmen abkauft und mit diesem zur MENATEP-Invest verschmolzen wird (MENATEP steht für die Anfangsbuchstaben von »Branchenüberschreitende und wissenschaftlich-technische Programme«), zu dessen Generaldirektor und Vorstandsvorsitzenden Chodorkowskij bis 1991 aufsteigt. Der Gegenstand der Geschäfte ist nicht exakt überliefert. Als der MENATEP-Chef schon in Ungnade gefallen war, hieß es, damals sei es um Handel mit Alkohol, Jeans, Souvenirs und Computern gegangen.

Früh sucht Chodorkowskij eigenen Kontakt zur Jelzin-Regierung und übernimmt auch Regierungsfunktionen. 1992 wird er Vorsitzender des Investitionsfonds zur Förderung der Brennstoff- und Energieindustrie mit den Rechten eines Stellvertretenden Energieministers, im Frühjahr 1993 bekleidet er dann eine Weile tatsächlich den Posten eines Stellvertretenden Ministers für Brennstoffe und Energie im Haus von Jurij Schafranik. Schon im Jahr zuvor gehört der Jungmanager zum Beraterstab des russischen Premierministers, und er setzt seine beratende Tätigkeit in den Folgejahren für die Zentralregierung wie für den Moskauer Oberbürgermeister fort. 1996 reiht sich der inzwischen wohlhabend gewordene Chodorkowskij mit seinen »Oligarchen«-Kollegen Beresowskij und Gussinskij in die Reihe der Finanzierer der Wahlkampagne von Präsident Jelzin ein, mit dem erklärten Ziel, einen Sieg von KP-Chef Sjuganow zu verhindern.

Diese Regierungsnähe ermöglicht dem abtrünnigen Komsomolzen auch, an der ebenso lukrativen wie umstrittenen Privatisierung des Energie- und Rohstoffsektors teilzuhaben. Der Kreml brauchte Mitte der 90er Jahre dringend Geldmittel und verschaffte sie sich über eine Art Tausch von Anteilen an den Staatsbetrieben bei den Vertretern des im Entstehen begriffenen privaten Business (so genannte »loans for shares«-Programme). MENATEP sicherte sich bei einer dieser Gelegenheiten einen 45-Prozent-Anteil an dem Ölkonzern Jukos. Im selben Jahr entsteht aus den Industriebeteiligungen von MENATEP die Holding »Rosprom«, die sich 1997 mit dem Ölkonzern zu »Rosprom-Jukos« verbindet, geleitet von Michail Chodorkowskij.

Im Jahr 1995 schlug auch die Geburtsstunde für den märchenhaften Reichtum des russischen »Oligarchen«. Für ganze 309 Millionen Dollar soll Chodorkowskij damals 78 Prozent der Jukos-Aktien für sich selbst erworben haben, also von dem Konzern, dessen Wert 2003 auf knapp 30 Milliarden Dollar taxiert wurde. Das Konkurrenzunternehmen Sibneft ging für etwas mehr als 100 Millionen Dollar in Privathand, 2003 hatte sich der Wert des Konzerns auf 13 Milliarden Dollar erhöht.

Spätestens 1997 fällt die Fortune des smarten Aufstiegers Chodorkowskij auch international auf. In diesem Jahr behauptet die Zeitschrift »Forbes«, Chodorkowskij sei bereits 2,4 Milliarden Dollar schwer. Er weist das zurück und taucht dann in der Forbes-Liste des Folgejahres mit 1,3 Milliarden Dollar auf. Schon 1993 war das Davoser »World Economic Forum« auf den russischen Jungunternehmer aufmerksam geworden und hatte ihn in die Liste jener 200 Menschheitsvertreter aufgenommen, die den Gang der Ereignisse des 3. Jahrtausends entscheidend prägen würden. 2001 wird dann die »Assoziation zum Schutz der Investorenrechte« Chodorkowskij zum besten Manager des Jahres küren.

Tatsächlich bringt der Jukos-Chef seinen Konzern in den Jahren 1998 bis 2002 mächtig nach oben. Eine größere Beteiligung an dem norwegisch-britischen Schiffsbau- und Anlagenkonzern Kvaerner im Jahr 2001 markiert die Internationalisierung der Jukos-Aktivitäten. Längst ist das Jukos-Imperium international disloziert: Die MENATEP-Group residiert in Gibraltar, ihre Töchter Hulley Enterprise auf Zypern und Jukos Universal auf der Isle of Man. Im MENATEP-Board finden sich Leute wie der ehemalige US-Vize-Finanzminister Stuart Eisenstat und der ehemalige deutsche Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff.

Um ein Entree in die amerikanische »business community« bemüht sich Chodorkowskij in ganz besonderer Weise. Es gelingt ihm, Berater der »Carlyle-

Group« zu werden, jenes mit Prominenten gespickten Risiko-Kapital-Unternehmens im Umfeld des Weißen Hauses, wo er auf Ex-Außenminister James Baker, den britischen Ex-Premier John Major und George Bush Senior stößt. Für den Verwaltungsrat seiner 2003 gegründeten gemeinnützigen Stiftung »Offenes Russland«, ausgestattet mit einem Jahresetat von 200 Millionen Dollar, bemüht sich der Jukos-Chef um Persönlichkeiten wie den Ex-Senator Bill Bradley, Henry Kissinger und den britischen Bankier Lord Rothschild. Aber auch in den Vereinigten Staaten selbst soll Chodorkowskij nach 2001 jährlich erhebliche Summen für karitative und gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt haben, darunter eine Million Dollar für die Washingtoner Library of Congress und eine halbe Million für die Carnegie-Stiftung.

2002 macht Jukos 11,4 Milliarden Dollar Umsatz bei drei Milliarden Dollar Gewinn, ist zweitgrößter Ölkonzern Russlands geworden und fördert 508 Millionen Barrel Öl mit 100.000 Beschäftigten. Michail Chodorkowskij, auf der Forbes-Liste für 2003 die Nummer Eins unter den 17 russischen Milliardären mit einem Vermögen von 8 Mrd. Dollar (Platz 26 weltweit), hat große Pläne für das Jahr 2003. Im April wird der Fusionsplan von Jukos mit Sibneft bekannt, der JukosSibneft zum viertgrößten Ölkonzern weltweit machen sollte. Und der Jukos-Chef, der als Geste des guten Willens schon mal einen Tanker mit russischem Öl nach Houston schickt, will 2003 auch eine größere US-Beteiligung an JukosSibneft zustande bringen. Bei seinen Verhandlungen mit Exxon Mobil und Chevron Texas geht es angeblich um eine Beteiligungssumme von 25 Milliarden Dollar. Im Sommer 2003 steht Jukos auf dem Sprung in eine neue Gewichtsklasse. Der Geburt eines ersten russischen »global player« im weltweiten Business scheint nichts mehr im Wege zu stehen. Bis der 25. Oktober den reichsten Mann Russlands in den Spez-Isolator 4 des Moskauer Untersuchungsgefängnisses »Matrosenstille« bringt, wo er 15 Quadratmeter mit zwei weiteren Inhaftierten teilt, sich von seinen Anwälten Bücher zur russischen Geschichte und zur Föderationsverfassung bringen lässt und sich bei der Gefängnisleitung das Privileg eines Kühlschranks und eines Fernsehers mit dem Versprechen erkaufen muss, beides bei seiner Freilassung dort zu lassen.

Der Aufstieg Chodorkowskij's passt sich in die Typologie russischer Jungunternehmer-Karrieren ein, die in den neunziger Jahren von der Startrampe abhoben. Typisch ist die Komsomolherkunft, die fast regelmäßig bei den Schnellaufsteigern dieser Jahrgänge anzutreffen ist. Offenbar begünstigte die Macht- und Entscheidungsnähe des Parteinachwuchses in Verbindung mit der Lern- und Orientierungsfähigkeit ihrer gutausgebildeten jugendlichen Vertreter den Ein-

stieg in eine Geschäftswelt der rasanten Metamorphose. Wer gut informiert war, die Beziehungen zu den Machtapparaten pflegte, schnell schaltete und über kräftige Ellenbogen verfügte, konnte über Nacht ein Vermögen machen.

Aus der Menge solcher Transformationsgewinnler ragt Chodorkowskij durch einige Besonderheiten heraus. Einmal gehört er zu der doch sehr begrenzten Zahl der Unternehmer, die in wenigen Jahren zu den auch öffentlich beobachteten Dollar-Milliardären aufstieg. Dann aber machte er einiges auch anders als vergleichbare Kollegen. Auf den schnellen Rubel allein hatte er es nicht abgesehen. Niemand wird die Details seiner verschlungenen geschäftlichen Aktivitäten zwischen 1987 und 1997 überblicken oder gar in ihren Methoden außer Zweifel stellen können. Und er war mitten drin bei jener wilden Privatisierung 1995/1996, die alle Züge einer ursprünglichen und unregelmäßigen Akkumulation trägt und die bis heute bei vielen Russen wegen der dreisten Aneignung von nationalen Ressourcen und Werten Verbitterung auslöst. Aber genauso wenig lässt sich bestreiten, dass Chodorkowskij zwischen 1997 und 2003 den Wert seines Unternehmens um den Faktor 120 vervielfachte, dass er diesen Aufstieg von Jukos mit großem Arbeitseinsatz und hoher Professionalität erreichte und dass er dafür auch international viel Anerkennung erntete. Besonders fiel auf, dass er die Arme zu den amerikanischen transnationalen Konsortien im Energiesektor ausstreckte und ihr Interesse gewinnen konnte, dass er sich zum Anhänger einer modernen Unternehmenskultur mauserte und dabei Jukos offen und transparent machte sowie als einer der ersten und pionierhaft über Gemeinwohlverpflichtungen der Großunternehmen nicht nur redete, sondern mit seiner »Open Russia«-Stiftung solche Prinzipien auch in die Tat umsetzte. Vieles spricht dafür, dass Chodorkowskij dabei an Vorbilder wie John D. Rockefeller dachte, der durch sein Mäzenatentum und die von ihm gegründete University of Chicago all diejenigen zu beschämen vermochte, die allzu genau die Entstehungsgeschichte seines Öl-Imperiums untersuchen wollten. Auch modernere Leitbilder, wie sie George Soros und Bill Gates lieferten, mögen Chodorkowskij beeinflusst haben. Von hier aus war es jedenfalls nur ein kleiner Schritt bis zu dem Anspruch, die wachsende wirtschaftliche Macht auch für politische Ziele einzusetzen. Chodorkowskij tat diesen Schritt, obwohl er sich des Risikos dabei bewusst sein musste. Und dieser Schritt beendete seinen Aufstieg.

## Die »Diktatur des Rechts« in der Praxis

Im Wahljahr 2003, in dem sich Chodorkowskij so viel mit seinem Öl-Konzern vorgenommen hatte, entsteht ein auf unterschiedlichen Ebenen ausgetragener Konflikt zwischen dem Jukos-Chef und der Putin-Administration. Schon zu Beginn des Jahres werden die Teilnehmer eines Treffens zwischen dem Präsidenten und dem Russischen Industriellen- und Unternehmerverband (RSPP) Zeugen verbaler Attacken der beiden Kontrahenten. Chodorkowskij kritisiert die Bürokratie, die Korruption und die Undurchsichtigkeit der Privatisierungspolitik, worauf der Präsident düstere Andeutungen über die Jukos-Aktivitäten bei der Privatisierung der neunziger Jahre macht.

Dieser Warnschuss verfehlt seine Wirkung. Chodorkowskij verbirgt sich hinter keinem Visier und kündigt die finanzielle Unterstützung der präsidentenkritischen liberaldemokratischen Dumaparteien »Jabloko« und »Union der rechten Kräfte« (SPS) an. In bestimmten Fällen will er auch kommunistische Kandidaten unterstützen. Angeblich strebt er eine Sperrminorität von ihm ergebnen Abgeordneten an, um gegen aus seiner Sicht schädliche Gesetze wirksam vorgehen zu können. Anfang September übernimmt Jukos die liberale Wochenzeitung »Moskowskije Nowosti« und macht den bekannten Journalisten Jewgenij Kiseljow zum Chefredakteur, mit dem vollen Risiko, dass jeder die frühere Rolle Kiseljows bei dem ehemaligen Gussinskij-Sender NTV kennt und vermuten muss, Chodorkowskij wolle in die Fußstapfen dieses exilierten Putin-Feindes treten. Bei seinen Werbeauftritten im Ausland beschwört der Ölmagnat die Stärkung der russischen Zivilgesellschaft und scheint es zu genießen, wenn seine Visionen einer durch Bildung und Aufklärung zivilisierten russischen Gesellschaft wie ein Gegenentwurf zum realexistierenden Putin-Russland verstanden und ihm politische Ambitionen nachgesagt werden.

Das Imperium schlägt auf zwei Ebenen zurück. Im Mai 2003 warnt der »Rat für nationale Strategie« in einem merkwürdig verquastem Papier vor einer angeblich bevorstehenden »Oligarchen-Machtergreifung«. Kopf dieser Pläne sei Chodorkowskij. In auf solche Dinge spezialisierten Publikationen wird stapelweise »Kompromat« gegen den Jukos-Chef und seine Familie verbreitet, Ansammlungen unappetitlicher und kompromittierender Beschuldigungen zur Person und zu den Geschäften. FSB-Leute besuchen auf der Suche nach Belastungsmaterial die Schule der zwölfjährigen Chodorkowskij-Tochter, und die Boulevardpresse schiebt, allerdings bereits nach der Verhaftung, bebilderte Geschichten zu einer

angeblichen Nichte des Jukos-Chefs namens Elsa nach, die als Porno-Modell nicht weniger als 7.000 Dollar am Tag verdienen soll.

Es bleibt nicht bei medialen Attacken. Die Staatsanwälte nehmen den Konzern aufs Korn, und ab Ende Juni 2003 geht es Schlag auf Schlag: Verhaftung von Pitschugin und Lebedew, Verhöre von Chodorkowskij und Newslin, Durchsuchungen bei MENATEP und bei anderen Jukos-Unternehmen, Durchsuchung der Büros und Vorladung des Anwalts Anton Drel, am 17. Oktober Eröffnung eines Verfahrens gegen Wassilij Schachnowskij, den Vorsitzenden von Jukos-Moskau, vier Tage später eine Steuerprüfung beim Wunschpartner Sibneft, am 23. Oktober dann die Untersuchung der von Jukos gesponserten »Agentur für strategische Kommunikation«, die der Partei »Jabloko« im Wahlkampf hilft, wobei wichtige Unterlagen und 700.000 »herrenlose Dollar« eingezogen und zwei Dumaabgeordnete acht Stunden festgehalten werden. Dem Jukos-Chef bleiben nur noch zwei Tage in Freiheit. Bis heute blieb es das Geheimnis Chodorkowskij's, der jeden Fluchtgedanken ablehnte, weshalb er all diese immer enger gezogenen Stricke ignorierte und sich ins »business as usual« flüchtete.

Präsident Putin wird kurz nach der Verhaftung des »Oligarchen« jede persönliche Einmischung zurückweisen und das Ganze als eine egalitäre Anwendung von Recht und Gesetz deuten, die eben auch ganz Reiche treffen könne. Die Vorgeschichte spricht allerdings dagegen, dass hier tatsächlich die »Diktatur des Rechts« zugeschlagen hatte, also jene kompromisslose Durchsetzung der Gesetze, die Putin schon im Jahr 2000 programmatisch als Kontrastprogramm gegen das Laissez faire der Jelzin-Zeit angekündigt hatte. Mehr als unwahrscheinlich, dass der Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow ohne Rückendeckung handelte, auch wenn Putin später diese Legende mit der Behauptung zu retten versucht, er habe Ustinow sogar ausdrücklich von dem Zugriff abgeraten. Jeder konnte die Eskalation in diesem Konflikt beobachten. Ganz offensichtlich handelte es sich um ein Wechselspiel von Herausforderung und Reaktion. Die Schläge gegen Jukos waren nicht Teil einer großangelegten Untersuchung von potenziellem »Oligarchen«-Unrecht, sie gehörten schon gar nicht zu einem Versuch, die fragwürdige Praxis der wilden Privatisierung der neunziger Jahre juristisch aufzuarbeiten. Dazu richteten sie sich in ihrer Einzigartigkeit zu ausschließlich auf das Werk Chodorkowskij's. Die Mehrheit der russischen Öffentlichkeit zweifelte denn auch keine Minute an dem politischen Hintergrund der Verfolgungskampagne.

Und diese endete keineswegs mit der Verhaftung des Oligarchen am 25. Oktober auf dem Nowosibirsker Flughafen. Bereits kurz nach der Verhaftung wur-



den am 30. Oktober 44 Prozent der Jukos-Aktien beschlagnahmt, ein Anteil, der nach Einlegung von Rechtsmitteln dann auf knapp 40 Prozent reduziert werden musste. Zu diesem Zeitpunkt hatten die US-Erdölgiganten Exxon Mobil und Chevron Texas ihre Beteiligungsverhandlungen bereits unterbrochen. Spätestens nach der Drohung von Witalij Artjuchow, Minister für Bodenschätze, Jukos könnten auch die Förderlizenzen entzogen werden, wird klar: Es geht sowohl gegen die Person Chodorkowskij wie gegen seine Erfolgsgeschichte namens Jukos.

Mitte Dezember 2003 wird das »Ende einer Traumhochzeit« bekannt gegeben. Die riesige Transaktion zur Verbindung von Jukos und Sibneft mit einem Volumen von fast 14 Milliarden Dollar soll rückgängig gemacht werden. Anfang Oktober hatte Jukos 92 Prozent der Sibneft-Aktien durch Tausch gegen 26 Prozent der Jukosaktien und drei Milliarden Dollar in Bar übernommen, und die Föderale Wertpapierkommission hatte am 3. Oktober 2003 diese Transaktion ohne Beanstandungen registriert. Jetzt heißt es, der Sibneft-Oligarch Roman Abramowitsch, bekannt geworden durch seine 400-Millionen-Dollar-Übernahme des Londoner Prestige-Fußballklubs FC Chelsea, werde Sibneft über seine Investmentgesellschaft zurückkaufen. Anfang März 2004 versetzt ein Moskauer Gericht Chodorkowskij Konzern den nächsten Schlag und annulliert die im Juli 2003 getätigte Zusatzaktienemission, mit der Jukos sich die Mittel zum Erwerb der Sibneftanteile verschafft hatte. Gegen die Beschlagnahme von 57 Prozent der Sibneft-Aktien und 17 Prozent der Jukos-Aktien legt der Konzern umgehend Beschwerde ein. Fast zeitgleich schickt das Finanzministerium an Sibneft eine Steuernachforderung für die Jahre 2000/2001 in Höhe von einer Milliarde Dollar.

Eine entsprechende Nachforderung an Jukos beläuft sich sogar auf drei Milliarden Dollar. Im Dezember 2003 ist der Aktienwert des Adressaten dieser Forderung um 34 Prozent gesunken, ein Verlust von 13 Milliarden Dollar. Den Ölkonzern beschäftigte aber zunächst einmal die Frage, wie er überhaupt handlungsfähig bleiben könnte. Der inhaftierte Chodorkowskij musste rasch jede Hoffnung aufgeben, bald wieder seinen Geschäften nachgehen zu können. Als eine Haftbeschwerde keinen Erfolg hat und der Stellvertretende Generalstaatsanwalt Wladimir Kolesnikow es bedauert, dass der Milliardär höchstens bis zu zehn Jahren Haft verurteilt werden könnte, und mit einer Ausdehnung der Untersuchungshaft auf bis zu zwei Jahre droht, hatte Chodorkowskij seine Entscheidung schon getroffen. Am 3. November 2003 gibt der Oligarch seine Funktion als Jukos-Vorstandsvorsitzender auf und erklärt, er wolle sich in Zukunft nur noch seiner Stiftung widmen. Schon einen Tag später übernimmt Semjon Kukes die Konzernführung, ein Russe, den ein US-Pass schützt. In alle Winde zerstreut sind die

sechs Hauptaktionäre von MENATEP, der Mutter-Holding von Jukos: Chodorkowskij selbst und Platon Lebedew sitzen im Gefängnis, Wassilij Schachnowskij konnte dieses inzwischen mit einer einjährigen Bewährungsstrafe wegen Steuerhinterziehung wieder verlassen, und die drei übrigen, Leonid Newslin, Wladimir Dubow und Michail Brudno, suchen in Israel Schutz, ohne dort sicher zu sein, denn Moskau setzte sie auf die Interpol-Fahndungsliste. Die Beschuldigten bekommen die Reichweite der russischen Ankläger durchaus zu spüren. Mitte März 2004 wird bekannt, dass die russische Generalstaatsanwaltschaft die Sperrung der Schweizer Privatkonten von Chodorkowskij und Newslin erreichen konnte. Ihr Umfang: 5 Milliarden Dollar. Mehrere Versuche von Jukos, die Steuernachforderung des Fiskus von 99 Milliarden Rubel (2,9 Mrd. €) für das Jahr 2000 gerichtlich anzufechten, scheitern im Verlauf des Mai und Juni 2004. Im Ergebnis wird öffentlich bereits über die mögliche Insolvenz des Konzerns gesprochen, mit der Folge eines vorübergehenden Kurssturzes der Jukos-Aktien. Am 16. Juni beginnt vor einem Moskauer Gericht der Betrugsprozess gegen Platon Lebedew und Michail Chodorkowskij, wegen Betrugs, Steuerhinterziehung und Veruntreuung mit einem Schaden von 825 Millionen Euro für den russischen Staat. In dem Gerichtssaal, in dem die Angeklagten wie zu Sowjetzeiten in einem vergitterten Metallkäfig sitzen, haben nur 30 Zuhörer, darunter 10 Journalisten Platz. Einige Tage später wird German Gref, wieder Wirtschaftsminister im neugebildeten Putin-Kabinett, mit den Worten zitiert: »Man kann nicht abstreiten, dass es eine politische Komponente gibt.«

Die genannten Abläufe machen klar: Die Strafsache 18/41 gegen Michail Chodorkowskij ist keine Episode aus der zeitgenössischen Szene von Wirtschaftskriminalität in der russischen Transformationsperiode. Wir werden Zeuge eines Konflikts Präsident – »Oligarch«, wir beobachten eine Art Vernichtungsfeldzug mit erheblichen innenpolitischen und internationalen Dimensionen, und wir müssen uns fragen, was dieser Konflikt bedeutet und was er bewirkt.

## Tomographie eines Konflikts

### Die Steuer-Frage

Bei der Abschtichtung des wahrscheinlichen Konfliktpotentials muss als erstes die Frage beantwortet werden, ob die Steuervermeidungsstrategien des Jukos-Konzerns in der Vergangenheit vielleicht derart überzogen waren, dass sie die russischen Staatsinteressen in einem außergewöhnlichen Ausmaß schädigten und insofern die rigorosen Verfolgungsmaßnahmen erklären und rechtfertigen. Die

hohen Steuerforderungen an den Konzern und an Chodorkowskij persönlich deuten in diese Richtung, sie sind aber vorerst nicht rechtskräftig und werden von den Betroffenen als unbegründet zurückgewiesen. Dabei steht außer Frage, dass dem russischen Fiskus durch die Steuertricks der Konzerne erhebliche Verluste entstehen. Weltbankexperten haben errechnet, dass sich diese Verluste auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (entspricht 7,6 Milliarden €) pro Jahr addieren. Und wenn man den Prozentanteil der Gewinne aus dem Erdölgeschäft, die in den Staatshaushalt fließen, in typischen Förderländern vergleicht, dann schneidet Russland tatsächlich schlecht ab: In den Vereinigten Arabischen Emiraten beträgt die Gewinnabschöpfungsrate 90 Prozent, in Norwegen 80 Prozent, in Russland aber bloß 50 Prozent.

Nur lässt sich dafür Jukos allein nicht haftbar machen. Der Konzern selber behauptet, im Jahr 2003 im Schnitt 60,8 Dollar pro Tonne Erdöl an Steuern abgeführt zu haben – bei einem Branchenmittel von 56 Dollar. Eine Aufstellung für 2001 spricht auch nicht dafür, dass Jukos seine Produkte zu gering besteuerte. So soll Chodorkowskij's Firma damals 45,7 Dollar an Steuern pro geförderter Tonne Erdöl bezahlt haben, während es bei Lukoil 34,1, bei TNK 32,5, bei Sibneft 38,9 und bei der staatlichen Rosneft 38,4 Dollar waren. Zu einem etwas anderen Bild kommt eine vergleichende Untersuchung der Moskauer Investmentgesellschaft Prospekt über die effektiven Steuerzahlungen vom Gewinn der Konzerne. Sie platziert Sibneft mit 12,31 und Jukos mit 12,86 Prozent am unteren Ende, gefolgt von TNK mit 14,29, Lukoil mit 32,3 und Gasprom mit 32,69 Prozent.

Bis noch vor kurzem war es weder illegal noch unüblich, dass die Ölgiganten Steueroasen im Ausland oder Sonderwirtschaftszonen in Russland selbst nutzten, um die normale Gewinnsteuer von 24 Prozent zu drücken. Bis die roten Lampen des Jukos-Konflikts aufflammten, wickelte TNK-BP seine Geschäfte steuersparend auf den Virgin-Islands ab – inzwischen passiert das in Sibirien. Jukos schuf ein System von acht verschachtelten Trusts, die sich ebenfalls die Jungfraueninseln und die Kanalinseln als Geschäftsorte wählten. Roman Abramowitsch bevorzugte für Sibneft die Sonderwirtschaftszone Tschukotka, wo er sich auch zum Gouverneur bestellen und als Wohltäter feiern ließ. Für Jukos war das abgelegene Sibirienländchen Lesnoe ein willkommenes Binnen-Offshore, während es Lukoil ins kasachische Bajkonur zog.

Der Fall Jukos hat eine öffentliche Debatte über die Sonderstellung der Ölkonzerne in »Oligarchenhand« ausgelöst und dabei auch einige seltsame Blüten getrieben. Verteidigungsminister Sergej Iwanow und der ehemalige Innenminister Boris Gryslow setzten sich vorübergehend an die Spitze derer, die für eine

staatliche Kontrolle aller strategischen Sektoren der Wirtschaft plädierten – als sei Wladimir Iljitsch Lenin wiederauferstanden mit seinem Appell zu Beginn der NEP-Phase mit ihrer Reprivatisierung, wenigstens die »Kommandohöhen der Wirtschaft« besetzt zu halten. Die Diskussion versachlichte sich aber wieder und konzentrierte sich auf Fragen wie Förderabgaben, Exportbesteuerungen, Abschaffung von Steuerprivilegien und Schließung von Steuerschlupflöchern. Finanzminister Alexej Kudrin frohlockte Mitte Januar 2004, alleine die letzte Maßnahme werde dem Fiskus Mehreinnahmen von 60 Milliarden Rubel (1,6 Mrd €) jährlich bescheren.

Die Steuerpraxis von Jukos gab keinen Anlass zu dem rigorosen Vorgehen von Administration und Finanzgerichten. Sie entsprach dem Vorgehen der vergleichbaren »Oligarchen«-Konzerne. Aber die öffentliche Skandalierung dieser weitverbreiteten Praxis der Steuermindering und Steuervermeidung im Zuge des Jukos-Konflikts schuf eine Atmosphäre, in der schließlich sogar Gedanken zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums gediehen. Einige »Oligarchen« drehten bei, wohl aus einer Mischung aus Einsicht und Einschüchterung. Noch ist kein verlässlicher neuer Rechtsrahmen erkennbar, der tatsächlich örtliche und regionale Steuersonderbehandlungen ausschließt. Aber der Fall Chodorkowskij wirkte wie ein Katalysator und begünstigte Veränderungen bei der Besteuerung von Großunternehmen. Wohin diese Dynamik letztlich führt, ist derzeit noch nicht erkennbar.

#### Die nationale Frage

Auf den ersten Blick hatte Chodorkowskij auch keinen unverzeihlichen Regelverstoß zu verantworten, als er 2003 die Verhandlungen mit den beiden US-Konzernen Exxon Mobil und Chevron Texas über einen nennenswerten Einstieg bei Jukos vorantrieb. Eine Premiere im Ölgeschäft konnte das nicht mehr werden, war doch bereits im Februar des Jahres der britische Ölgigant BP bei der sibirischen TNK mit 6,75 Milliarden Dollar eingestiegen, ohne dass dies zu einem politischen Erdbeben geführt hätte. Was war der Unterschied, wenn Chodorkowskij einen ähnlichen Schritt für seinen Konzern vorbereitete?

Es gibt Größenunterschiede, die Bedeutung haben. TNK förderte im Jahr 2002 genau 37.500 Tonnen Erdöl und lag damit russlandweit an vierter Stelle. Jukos und Sibneft, deren Fusion ja beschlossene Sache war, kamen addiert im selben Jahr auf eine Fördermenge von 96.200 Tonnen, gefolgt von LUKoil mit

75.490 Tonnen. Chodorkowskij wollte also bei der künftigen Nummer Eins die Tür für das US-Kapital öffnen. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass er damit ein heftiges Nachdenken über Souveränitätsfragen auslöste. War nicht der russische Staatshaushalt zu 40 Prozent auf die Einnahmen aus dem Ölgeschäft angewiesen? Würde nicht der Riese JukosSibneft die Verantwortung für einen wesentlichen Anteil an diesen Staatseinnahmen tragen? Kann es im russischen Nationalinteresse liegen, diese Verantwortung in die Mitbestimmung eines US-Konzerns zu legen, der ja vermutlich auch amerikanische Interessen vertritt? Für den Wissenschaftler und Autor Sergej Lopatnikov ist klar, dass dieses Geschäft für Russland auf den »Verlust der Souveränität« hinausläuft.

Chodorkowskij's Aktivitäten im amerikanischen Establishment haben solche oft nur hinter vorgehaltener Hand geäußerte Bedenken eher noch verstärkt. Als Surfer auf den Wellen der Globalisierung fehlte ihm jedes Verständnis für die Engstirnigkeit der Souveränitätsbedenken. Wenn er sich in Washington als der Mann ausgab, der den Vereinigten Staaten den Zugang zum russischen Rohstoffparadies verschaffen konnte, dann fühlte er sich durchaus auch als Vertreter russischer Interessen. Chodorkowskij kannte den technischen und technologischen Status der heimischen Förderanlagen aus eigener Anschauung, und ihm erschienen jene Berechnungen plausibel, nach denen die Modernisierung seiner Branche in Russland einen Investitionsbedarf aufweist, der im dreistelligen Milliarden-Dollar-Bereich liegt. Für ihn lag es nahe, das US-Kapital für diese Aufgabe zu gewinnen. Demgegenüber war es bestenfalls »altes Denken«, hier mit der nationalen Frage zu kommen.

Doch das Moskau, das von seinen Plänen erfährt, ist beunruhigt und denkt auch daran, wie Chodorkowskij versucht hat, überkommene Hoheitsrechte des Staates infrage zu stellen. Die sibirischen Fördergebiete von Jukos mit dem riesigen Raffineriekomplex von Angarsk wollte der »Oligarch« über eine sibirisch-mongolisch-chinesische Pipeline mit dem chinesischen Markt verbinden. Die russische Regierung verfolgt dagegen eine Japan-Option und konnte sich auch nicht für Chodorkowskij's andere Idee erwärmen, durch eine Pipeline nach Murmansk sibirisches Öl verschiffbar zu machen für den US- und EU-Markt. Als Antwort stellte der Jukos-Chef das von Transneft wahrgenommene staatliche Pipeline-Monopol infrage und warb intensiv für das Recht auf privaten Pipelinebau. Gut möglich, dass sich seine Kontrahenten in Regierung und Administration ungemütlich fühlten bei dem Gedanken, dass Chodorkowskij demnächst auch noch amerikanische Unterstützung für diese Forderungen erhalten würde. Wenn die Anti-Jukos-Kampagne das Ziel verfolgte, den Oligarchen und seinen Kon-

zern als internationalen Partner zu entwerten und zum Risiko zu machen, dann war sie erfolgreich.

### Die Frage der Zivilgesellschaft

In der Chochlowskij-Gasse in Moskau hat die Stiftung »Offenes Russland« ihr Hauptquartier, dessen Zentrum ein eng mit Schreibtischen zugestelltes Großraumbüro bildet. An den Wänden hängt immer derselbe Jahreskalender mit einem Porträt des Stifters Michail Chodorkowskij. Er schaut auf eine sich in gedämpfter Stimmung vollziehende Emsigkeit herab. Man bildet sich ein, dass die überwiegend jugendlichen Mitarbeiter bei jedem Besuch erst einmal zusammensucken, weil wieder ein rücksichtsloses Fahnderkommando ihre Arbeit unterbrechen könnte. Geleitet wird das Büro von Irina Jassina, der Vorsitzenden von »Open Russia«. Sie macht aus ihrer loyalen Ergebenheit gegenüber dem verfolgten »Oligarchen« und aus ihrer Sorge um seine physische und psychische Verfassung bei seinem Aufenthalt in der »Matrosenstille« kein Hehl. Noch können die laufenden Projekte abgewickelt werden, die aus den Einlagen der Jukos-Aktionäre stammen, vor allem von Chodorkowskij selbst. Ob die Arbeit auch 2004 weitergehen kann, wird davon abhängen, ob die Stifter überhaupt noch einen Zugang zu ihren Privatkonten haben werden.

»Offenes Russland« wickelte im Jahr 2003 Programme im Wert von etwas über 14 Millionen Dollar ab. Fast die Hälfte davon floss in ein Projekt zur Computerausstattung für Bibliotheken in ländlichen Regionen. Verschiedene Wettbewerbe, besonders im Jugendbereich, finden Unterstützung, darunter der auch international geförderte Schüler-Geschichtswettbewerb »Der Mensch in der Geschichte Russlands – Das 20. Jahrhundert«. Chodorkowskij's Stiftung hilft bei der Ausbildung von Medienjuristen und Fernsehjournalisten, macht Programme zur gesellschaftlichen Begleitung von Gesetzgebungsprozessen, fördert die Grundkenntnis über Verfassung und Rechtsnormen an Schulen, finanziert mit fast fünf Millionen Dollar Projekte von im »Bürgerforum« organisierten russischen NGOs und stellt 2,8 Millionen Dollar für Projekte im Bereich Bürgergesellschaft und Menschenrechte zur Verfügung.

Chodorkowskij's Stiftung hat sich zu einem der wichtigsten Geldgeber von gesellschaftlich engagierten Projekten der russischen Zivilgesellschaft entwickelt. Und dort wird das Geld gebraucht. Präsident Putin nahm zwar im November 2001 den Gesprächsfaden mit dem breiten Spektrum der russischen Nichtre-

gierungsorganisationen auf, und seitdem gibt es einen Draht zwischen Kreml und Zivilgesellschaft. Dem »Graschdanskij Forum« (Bürgerforum) vom November 2001, bei dem sich über 4.000 Teilnehmer zu verschiedenen, auch sensiblen Themenbereichen austauschten, folgten weitere Forumsveranstaltungen auch in den Regionen. Ungeklärt aber blieb die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, obwohl die Staatsduma mehrere gesetzliche Anläufe nahm. Oft bleibt nichts anderes übrig, als die Gelder ausländischer Stiftungen anzunehmen – oder eben bei »Open Russia« anzuklopfen. So wundert es nicht, dass sich die Allrussische Konferenz Zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich am 28. Oktober 2003 in Moskau traf, mit dem Fall des drei Tage zuvor festgenommenen Jukos-Chefs befasste. In der dann veröffentlichten Erklärung der NGOs heißt es:

»Wir sind davon überzeugt, dass Chodorkowskij nicht verhaftet wurde, weil er irgendwann, wie die Staatsanwaltschaft behauptet, Steuern nicht gezahlt oder unrechtmäßig Eigentum erworben hat. Er wurde verhaftet, weil er begonnen hatte, ehrlich Steuern zu zahlen und seine Vermögensverhältnisse offen zu legen. Aber genau die Absicht, seine Geschäfte aus dem Schatten zu holen, ist äußerst gefährlich für diejenigen, deren Wohlstand und Macht untrennbar davon abhängt, dass in unserem Land die »Schattenwirtschaft« dominiert.

Wir sind überzeugt, dass Chodorkowskij nicht verhaftet wurde, weil der von ihm geführte Konzern, ohne sich zu schämen, seine Mitarbeiter ausbeutet und die Naturschätze Russlands ausraubt. Er wurde verhaftet, weil er als einer der ersten laut über soziale Verantwortung von Unternehmern und Unternehmen gesprochen und in großem Maße begonnen hat, Projekte im Bereich Bildung und Soziales zu initiieren.«

In dem Text wird durchaus eine gewisse Distanz zu der Person Chodorkowskij spürbar. Aber Russlands Oppositionelle machen sich Sorgen, was dieser Zugriff politisch bedeutet. Der bekannte Bürgerrechtler Sergej Kowaljow spricht von einer »Kriegserklärung an die Zivilgesellschaft«. Die Art und Weise, wie Chodorkowskij behandelt wird, weckt Befürchtungen über einen Paradigmenwechsel im russischen Transformationsprozess. Der Jukos-Chef schmort in der mehrfach verlängerten Untersuchungshaft und klagt vergeblich seine Rechte als Angeklagter ein, während seine Stiftung Projekte zur Stärkung des Rechtsstaats finanziert. Die Bürgerrechtler Russlands erkennen, dass es bei Chodorkowskij nicht um einen gewöhnlichen Fall von Wirtschaftskriminalität geht, sondern dass die Zukunft von Liberalität und Rechtsstaat in Russland auf dem Spiel steht. Sie wenden sich zwischen November 2003 und Januar 2004 mehrfach an die Generalsekretärin von »Amnesty International« und wollen, dass Chodorkowskij als »politischer Gefangener« anerkannt wird. In einem der Briefe sprechen die Absender von »gelenkter Justiz« im Fall Chodorkowskij und spielen damit auf Putins »gelenkte Demokratie« als Gesellschaftsprojekt für die russische Trans-

formationsphase nach der Jelzin-Ära an. Unter die Autoren dieser Initiative haben sich bekannte Namen gemischt: Dabei sind Jelena Bonner, Wladimir Bukowski und Sergej Kowaljow, aber auch die Moskauer Helsinki-Gruppe, Memorial und das Institut für Menschenrechte.

Die Verfolgungswut der Obrigkeit will nicht nur den Jukos-Konzern kaputt machen, dem sie von Oktober bis Dezember 2003 angeblich 678 mal die Fahnder ins Haus schickte. Es sollen auch Chodorkowskijs Querverbindungen zu Russlands Zivilgesellschaft gekappt werden. Irina Jassina von »Open Russia« befürchtet, dass das gelingen kann: Die Fahnder besuchen auch die Einrichtungen und Organisationen, die von Chodorkowskijs Stiftung Geld erhalten haben. Sie ist sich sicher, dass solche Besuche vor weiteren Kontakten oder gar Förderanträgen auch dann abschrecken, wenn es keine wesentlichen Alternativen beim Sponsoring gibt. Und allgemein wachsen die Sorgen über einen sich andeutenden Domino-Effekt. Wer will denn wissen, womit genau Jukos die unsichtbaren Grenzen überschritten hat? Vielleicht war es ja gerade Chodorkowskijs großzügiges Mäzenatentum in Sachen Zivilgesellschaft? In Zeiten wie diesen überlebt nur, wer die Zeichen zu lesen weiß. Und diese wollen offenbar sagen, Spenden an kritische und engagierte NGOs können gefährlich werden – für beide Seiten.

Vielleicht ist der Fall Chodorkowski keine generelle Kriegserklärung an die Zivilgesellschaft, wie Kowaljow befürchtet. Aber die Wirkung des Konfliktes entspricht dieser Befürchtung ziemlich genau.

### Die Macht-Frage

Als die Regierungszeit von Boris Jelzin zu Ende ging und der Präsident die Verhältnisse so ordnen musste, dass daraus die geringsten Risiken für ihn selbst und seine Leute erwachsen, da berief er 1999 Wladimir Putin und baute ihn zu seinem Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl auf. Der Nachfolger verfügte, und das war wohl so gewollt, über einen eingeschränkten politischen Radius. Er kam ohne jede Hausmacht. Um den Altpräsidenten dagegen hatte sich ein Kreis Gleichgesinnter aus Wirtschaft und Politik gebildet, trefflich als »Familie« bezeichnet, denn über Jelzins Tochter entstanden auch private Querverbindungen zu den reichsten »Oligarchen« des Landes. Der Deal mit Putin lautete vereinfacht: Du wirst Präsident, aber dafür achtest du die Immunität Deines Vorgängers und seiner Leute, stoherst nicht in der Vergangenheit herum und lässt ihnen ihre Pfründen und Posten.



So eine Regelung kann nur für einen Übergang gelten. Ohne ein loyales Team und eine eigene Hausmacht, das musste Putin schnell erkennen, war das Präsidentenamt eine Würde ohne Macht. Putin rekrutierte seine Mannschaft aus den Etappen seines vorherigen Berufslebens und holte sich nach und nach Vertraute aus dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB, in dem er sich selber bis an die Spitze hochgedient hatte, und junge Akademiker und Fachleute, meist Juristen, aus der Petersburger Administration, wo er ebenfalls gearbeitet hatte. Diese Gegenfamilie Putins erhielt später eigene Namen wie »Silowiki« (die Machtmenschen) oder »Petersburger Tschekisten«.

Es gab in der Jelzin-Truppe Mächtige, die den Deal nicht unbedingt als Selbstverpflichtung zur Zurückhaltung verstanden hatten. Die beiden »Oligarchen« Wladimir Gussinskij und Boris Beresowskij bauten im Jahr 2000 ihre Kontrolle vor allem der elektronischen Medien noch weiter aus. Putin ließ zuschlagen. Am Ende der kompromisslosen Untersuchungen von Justiz und Steuerpolizei mussten beide Magnaten ins Ausland fliehen. Ihre Medienmacht kam unter die Kontrolle des Präsidenten. Der legte aber keinen Wert auf eine Entscheidungsschlacht zwischen Politik und Wirtschaft. Putin, in seiner eigenen Hausmacht noch viel zu schwach, pflegte vielmehr den Austausch mit dem Unternehmerverband und strebte ein informelles Agreement an.

Ob es nun wirklich den berüchtigten »Schaschlik-Pakt« als Ereignis gegeben hat, also als handfeste Datscha-Fete mit viel Hochprozentigem, irgendwo im Gartengürtel der Hauptstadt, das ist nicht entscheidend. Wohl aber existierte eine Absprache in dem Sinne, dass der Kreml die Wirtschaft und die »Oligarchen« machen und die neunziger Jahre ruhen lässt, wenn die rubelstarken Bosse sich im Gegenzug aus der Politik raushalten. Das Beispiel von Gussinskij und Beresowskij hatte allen gezeigt, dass Putin auch anders handeln konnte. Der Pakt hielt, bis Michail Chodorkowskij im Jahr 2003 die unsichtbaren roten Linien nicht länger beachtete.

Des »Oligarchen« Kritik an Bürokratie und Korruption, seine weltweiten Beziehungen, die unter seinesgleichen Respekt heischten, sein bedenkenloser Geldeinsatz, um sich Einfluss in der Duma zu kaufen, und sein Mäzenatentum, das ihm Anerkennung im politisch-bewussten Teil der russischen Gesellschaft verschaffte, seine Auslandsauftritte als selbsternannter Botschafter des besseren Russland und sein wachsendes Gefallen daran, im Lande selbst als Geschäftsmann mit politischen Ambitionen, ja vielleicht selbst als potenzieller Putin-Nachfolger angesehen zu werden – all das zusammen wird es gewesen sein, was den Vernichtungsfeldzug des Kreml gegen Chodorkowskij ausgelöst hat. Aber

Putin erkannte auch die Chancen des Augenblicks, um die ihm aufgezwungene Machtbalance der ersten vier Nach-Jelzin-Jahre abzuschütteln. Da hatte einer die Regeln verletzt, der zur anderen Seite gerechnet wurde. Der Jukos-Chef war ja dabei gewesen, als die so genannte »Semibankirschtschina« (Siebenbankentruppe) 1996 mit sehr viel Geld die Chancen des kommunistischen Jelzin-Herausforderers Sjuganow abwürgte. Ohne in diese Kontakte dann später noch viel investiert zu haben, gehörte Chodorkowskij vom politischen Spiel her gesehen zur »Familie«. Und sein Fall war für Putin nun das Signal, mit dem Einfluss dieser »Familie« aufzuräumen.

Putins Kontrahenten machten es ihm leicht. Die Häupter der »Familie« an den Schalthebeln zeigten sich geschockt von der spektakulären Verhaftung Chodorkowskijs und kritisierten das Vorgehen des Kreml. Der mächtige Chef der Präsidentenadministration, Alexander Woloschin, musste seinen Platz räumen. Für ihn kam mit Dimitrij Medwedjew erneut ein junger Sankt-Petersburger. Auch Ministerpräsident Kasjanow legte ein Wort für den Jukos-Chef ein, blieb aber noch bis zur Regierungsumbildung wenige Tage vor der Präsidentenwahl im Amt. Das Gesamtreirement, letztlich von dem Fall Jukos angestoßen, machte den Weg frei für eine Art zweiter Machtübernahme Putins, die einige wichtige Teile der russischen Gesellschaft schwer verunsicherte. Es begann das große Rätselraten über die tatsächliche Ratio des Anti-Chodorkowskij-Feldzugs: War hier die rote Karte lediglich gegen einen einzelnen gezogen, der sich nicht an die Spielregeln gehalten hatte, oder sollte das der Auftakt werden zu einer umfassenden Kampagne gegen die »Oligarchen« und gegen alle, die in dem munteren Monopoly der neunziger Jahre gewonnen hatten? Solche Sorgen plagten natürlich auch die internationale Geschäftswelt, die sich fragte, welche ihrer russischen Partner denn womöglich ähnlich gefährdet waren wie der Jukos-Chef.

Putin zog es vor, auf diese Fragen ambivalente Antworten zu geben. Die Sorgen von Russlands Wirtschaftspartnern im Ausland versuchte er zu beschwichtigen. Aber zu Hause beauftragte er Ende 2003 den Rechnungshof-Chef Sergej Stepaschin, vorhandene Dossiers mit »Kompromat« in Sachen Privatisierungsbetrug und Steuerhinterziehung an die Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten. Und die gesamte öffentliche Diskussion über den zu geringen Staatsnutzen bei der Ausbeutung von Bodenschätzen und über die Unübersichtlichkeiten bei dem märchenhaften Aufstieg einiger russischer Milliardäre verunsicherte die ganze Zunft und drängte sie in die Defensive.

Dieser Schwebezustand wird wohl bleiben, weil er dem Präsidenten nützt. Michael Thumann (DIE ZEIT) hat das so ausgedrückt: Putin braucht nicht ent-

schurkte, sondern schuldige »Oligarchen«, über die er genügend belastendes Material in der Hinterhand hat, um sie einschüchtern und disziplinieren zu können. Was hier für die »Oligarchen« gilt, beschreibt eigentlich ein ubiquitär gültiges Herrschaftsinstrument in der russischen Transformationsperiode. Wer immer sich in diesen Jahren wirtschaftlich in Russland betätigt, verletzt Gesetze, wesentlich oder unwissentlich, auch deswegen, weil die Gesetzgebung selber, etwa im Steuerbereich, Unklarheiten und Widersprüche produziert. Vor diesem Hintergrund ist es leicht, selektive Rechtsanwendung als politisches Machtinstrument zu nutzen und dann auch noch als strikte Rechtsstaatlichkeit im Sinne der »Diktatur des Rechts« auszugeben. Viele haben sich während der wilden Privatisierung der neunziger Jahre bereichert, Geschäftsleute ebenso wie Politiker und Staatsbeamte, viele haben damals und später zu wenig Steuern gezahlt und wahrscheinlich kann man bei fast jedem russischen Unternehmen Verstöße gegen Rechtsnormen und Steuervorschriften feststellen, wenn man es nur will. Dieser Status der ständig gefährdeten Unschuld lädt im übrigen auch zur Korruption ein. Es lohnt sich allemal, dafür zu zahlen, dass bei der Suche nach Opfern das Auge des Gesetzes sich einen anderen aussucht. Rechtsstaat geht anders. Er müsste sich entweder zu einer unterschiedslosen Untersuchung all dieser Geburtsstunden bestimmter großer Vermögen aufraffen oder irgendeine verbindliche Abschluss- oder Amnestieregelung anstreben. Im Fall Chodorkowskij hat die Prominenz des Beschuldigten die ganze Welt auf dieses Herrschaftsinstrument der selektiven Rechtsanwendung in Russland aufmerksam gemacht. Die Zweifel am russischen Rechtsstaat sind dadurch gewachsen.

Der russische Präsident hat aber den Jukos-Konflikt nicht nur genutzt, um seine Hausmacht auszubauen und sich von den Fesseln der Nach-Jelzin-Ära zu befreien. Sehr schnell stellte sich nämlich heraus, dass in der russischen Bevölkerung eine Wut gegen die neureichen Emporkömmlinge schlummert, die nur auf den richtigen Weckruf wartet. Die Zustimmungsraten zu einem harten Vorgehen gegen die »Oligarchen«, ja zu ihrer »Entreicherung«, liegt bei mehr als 70 Prozent. In einem ansonsten blutleeren Wahlkampf kam plötzlich Blutdurst auf. Das Thema »Oligarchen« und Chodorkowskij hat den Wahlausgang der Duma- und der Präsidentenwahlen im Dezember 2003 und im März 2004 mitbestimmt. Ein rabiater Populismus setzte die liberal-demokratischen Parteien »Jabloko« und »Union der rechten Kräfte« auf die Anklagebank, weil Chodorkowskij's Gelder ihren Wahlkampf mitfinanziert hatten, bis dies jäh unterbrochen wurde. Die Kommunisten der KPRF verloren ihre Glaubwürdigkeit, als mitten in der Kampagne gegen die »Oligarchen« einige Vertreter dieser Spezies auf ihren

Bewerberlisten geortet wurden. Und etwas Schlimmeres konnte der Putin-Konkurrentin Chakamada im Präsidentschaftswahlkampf gar nicht passieren, als dass die Finanzierung ihrer Kampagne durch den nach Israel geflohenen MENATEP- und Jukos-Aktionär Newslin bekannt wurde.

Fast automatisch kommt man bei dieser Betrachtung der Abläufe auf den Gedanken, ein wohlausgedachter Masterplan könnte zu dem Jukos-Konflikt und seiner politischen Ausbeutung geführt haben. Erinnern wir uns: Da war doch im Mai 2003 dieser eigenartige Report des »Rats für nationale Strategie« mit seiner Warnung vor einer Verschwörung und Machtergreifung der »Oligarchen«, der in besonderer Weise Chodorkowskij herausstellte. Ein guter Spielplan für den Krimi »Guter Präsident versus böser Oligarch«. Und alle haben mitgespielt. Der Jukos-Chef marschiert ohne Deckung los, ignoriert alle Warnungen, weigert sich, es seinen Artgenossen Gussinskij und Beresowskij nachzumachen, die sich rechtzeitig ins Ausland absetzten, und er liefert alle nötigen Steilvorlagen, um die Warnungen der Verschwörungsstrategen vom Mai plausibel zu machen. Im Gegenzug isoliert der Kreml den Kontrahenten, macht ihn zum Magneten von Wut und Frust des um ihr Alltagsüberleben kämpfenden Durchschnittsrussen und setzt die so geschmiedete Waffe voller populistischer Lust im Wahlkampf ein.

Wenn es, was eher unwahrscheinlich ist, einen solchen Masterplan tatsächlich gegeben hat, dann war er ebenso riskant wie genial. Nur in Verschwörungstheorien funktioniert diese hundertprozentige Übereinstimmung von Drehbuch und Politik. In der Realität überwiegen Zufälle und plötzlich auftauchende Optionen. Aber eins steht fest: Sollte tatsächlich ein Superhirn all diese Inszenierungen voraus geplant haben, die das Machtgefüge in Russland in einer kurzen Zeitspanne so nachhaltig verschoben haben, dann muss dieses einen wichtigen Punkt übersehen haben: Nämlich den Schaden für Russland, den der Fall Chodorkowskij im Ausland angerichtet hat.

## Reaktionen und Perspektiven

Die Außenwirkung der Verhaftung des Jukos-Chefs und ihre politischen Folgen wurden natürlich auch beeinflusst von den Reaktionen in Russland selbst. In den Kommentaren spiegelte sich die Spannung des Wahlkampfes, die Tonlage überraschte aber doch. Zum Beispiel, wenn ein Gleb Pawlowskij, bisher nicht unbe-

dingt als Kremlgegner aufgefallen, ankündigte: »Es ist klar, dass es sich um die Vorbereitung eines politischen Schauprozesses handelt.« Dagegen wirkte Jawlinskij's Sarkasmus (»von Putins gesteuerter Demokratie ist nur noch die Steuerung übrig«) fast zurückhaltend. Nicht so bei Boris Nemzow, den die »Nesawisimaja Gaseta« vom 28. Oktober 2003 mit folgendem Satz zu den politischen Folgen des Falls Chodorkowskij zitiert: »Ein Sieg der Silowiki, die auf die wirtschaftlichen Interessen des Landes pfeifen, ist eine feste Wendung in Richtung Diktatur.«

Solche Äußerungen aus dem demokratischen Spektrum Russlands erhöhten in der westlichen Welt die Aufmerksamkeit für die politische Bedeutung der Arretierung des Jukos-Chefs. In der ersten Zeit nach dem 25. Oktober prägten die öffentliche Debatte aber zunächst Spekulationen darüber, ob dieser Akt die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland beeinträchtigen könnte, ob die Kapitalflucht aus Russland nun wieder zunehmen werde (das war tatsächlich vorübergehend der Fall) und ob man jetzt mit einer generellen Infragestellung der in den neunziger Jahren entstandenen Besitzverhältnisse gerade in dem für das Ausland so interessanten Rohstoffsektor rechnen musste.

Als es Präsident Putin gelungen war, solche Sorgen im Ausland einigermaßen zu zerstreuen, ohne die Verunsicherung der bei den »Oligarchen« konzentrierten Wirtschaftsmacht im eigenen Lande aufzuheben, wandte sich die westliche Öffentlichkeit mehr der Rechtsstaats- und Demokratiefrage im Kontext des Falls Chodorkowskij zu. Dabei spielten die von dem Jukos-Chef immer sorgsam gepflegten internationalen Kontakte eine wichtige Rolle. Hinzu kam, dass Chodorkowskij die Dienste der in Toronto ansässigen Anwaltskanzlei Amsterdam & Peroff in Anspruch nahm. Sein Anwalt Robert Amsterdam suchte weltweit den Kontakt zu Regierungen und Abgeordneten, um über die Rechts- und Regelverstöße beim Vorgehen des Kreml gegen seinen Mandanten zu informieren. Seinen Gesprächspartnern machte er dabei klar, dass die Verteidiger Chodorkowskij's gerade deshalb, weil sie in Russland in ihrer Arbeit behindert würden und auf kein faires Verfahren setzen könnten, alle Register ziehen wollten, um eine Internationalisierung des Falles zu erreichen. Es war klar, dass sie sich an jede denkbare Adresse wenden würden, vom Europarat über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Vereinten Nationen bis zu den G-8.

Das alles zusammen zeigte schneller Wirkung als erwartet. Schon am 4. November 2003 lag dem US-Senat eine Resolution der beiden prominenten Senatoren Lugar und Biden in Sachen Chodorkowskij vor, die ernsthafte Sorgen über die Inhaftierung des Öl-Magnaten und über das Einfrieren der Aktien seines

Konzerns zum Ausdruck bringt. Die Resolution Nr. 258 fordert für die Beschuldigten die Gewährung aller von der russischen Verfassung vorgesehenen Rechte und verlangt einen »fairen und transparenten Prozess«. Die Rede ist von »selektiver Anwendung des Rechts«, von politischer Motivation des Vorgehens und von einem möglichen Missbrauch des Justizsystems in Russland. Dieses Thema greifen zwei gleich lautende Resolutionen des Senats und des Repräsentantenhauses vom 21. November 2003 auf, präsentiert von den Senatoren McCain und Lieberman sowie den Abgeordneten Lantos und Cox. Diese Resolutionen problematisieren Russlands Mitgliedschaft bei der G-8, für dessen Gipfel im Jahr 2006 Moskau sogar Gastgeber sein soll, und erinnern an einige Voraussetzungen für Russlands Integration in dieser Gruppe. Erneut kommt der Hinweis auf die Verhaftung von Chodorkowskij als selektive Rechtsanwendung im Zusammenhang mit seiner Unterstützung für die Opposition. Ausdrücklich wird der Kontext hergestellt zu gescheiterten russischen Auslieferungsbegehren bei anderen »prominenten russischen Wirtschaftsführern« in England, Spanien und Griechenland. Und der Fall des Jukos-Chefs erscheint in einer Reihe mit Klagen über die mangelnde Pressefreiheit und über den »brutalen Krieg in Tschetschenien« als Nichterfüllung von Standards, die für ein G-8-Mitglied eigentlich gelten sollten.

Diese parlamentarischen Initiativen können als Beleg gelten für einen Stimmungswandel in den Vereinigten Staaten gegenüber der Russischen Föderation. Der Fall Chodorkowskij hat diesen nicht ausgelöst, diente in Washington aber als Aufhänger, um einige deutliche Worte der Kritik an die Moskauer Adresse zu richten. Die Ergebnisse der Duma-Wahl vom 7. Dezember 2003 haben diese atmosphärische Eintrübung noch verstärkt. Die russische Öffentlichkeit bekam eine Ahnung davon, als US-Außenminister Colin Powell am 26.1.2004 in der Zeitung »Iswestija« einen Namensartikel unter dem Titel »Partnership, Under Construction« (so die englische Version) veröffentlichte. Diplomatisch eingekleidet in eine Beschwörung der wichtigen amerikanisch-russischen Partnerschaft im Kampf gegen den Terrorismus findet Powell genügend deutliche Worte über die Demokratie in Russland als »work in progress«. Der Name des Jukos-Chefs taucht nicht auf, aber wohl jedem Leser war klar, was die Feststellung bedeutete, das russische demokratische System habe wohl die grundlegende Balance zwischen Exekutive, Legislative und Judikative noch nicht gefunden. Und erneut folgt dieser Klage der Hinweis auf die Mängel bei der Pressefreiheit und Russlands problematische Politik in Tschetschenien.

Der Ton hat sich auch im Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union geändert. Den besten Beleg dafür liefert die Mitteilung der EU-Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Thema »Beziehungen zur Russischen Föderation« vom 9.2.2004. Frustration und Enttäuschung über den Verlauf der Beziehungen prägt den gesamten Text, der von »zunehmenden Belastungen« spricht, die Fortschritte als »insgesamt unzureichend« bezeichnet und eine bessere Vorbereitung der EU-Russland-Gipfel einschließlich der Festlegung von »roten Linien« erfordert, die bei den Verhandlungen nicht überschritten werden sollten. Im Vordergrund stehen die Schwierigkeiten, die Moskau bei der Übertragung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der EU auf die neuen EU-Mitglieder ab 1. Mai 2004 macht. Aber ohne Namensnennung wird doch Bezug auf den Fall Chodorkowskij genommen, wenn es etwa heißt, dass Berichte über die Dumawahlen, über Vorkommnisse in Tschetschenien und »Hinweise auf selektive Anwendung der Gesetze« Zweifel weckten an der russischen Bereitschaft, universelle und europäische Ethiknormen zu beachten. In Zukunft wolle man entschiedener Bedenken artikulieren »wegen politischer Ereignisse der letzten Zeit«, bei denen eine diskriminatorische Rechtspraxis und Verstöße gegen die Menschenrechte erkennbar wurden.

Dazu passt, dass eine Resolution des Europarats im Februar 2004 ganz ähnliche Sorgen wie der amerikanische Kongress zum Ausdruck brachte, und im März die deutsche FDP-Abgeordnete und ehemalige Bundesministerin der Justiz, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, zur Berichterstatterin des Europarats im Fall Jukos/Chodorkowskij ernannt wurde. Im Mai scheidet ihr Versuch, die Angeklagten im Gefängnis zu besuchen. Derweil prüft der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg, wie er am 23.3.2004 bestätigte, eine Beschwerde der Anwälte Chodorkowskijs wegen Verstoßes gegen Artikel 5 und 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention, die das Recht auf Freiheit, Sicherheit und auf einen fairen Prozess festschreiben. Der Jukos-Chef macht gegenüber den russischen Behörden sogar Verstöße gegen das Verbot von Folter sowie von unmenschlicher und erniedrigender Behandlung geltend.

Das alles sind Zeichen dafür, dass der Fall Chodorkowskij grenzüberschreitende, internationale Wirkung entfaltet, weil er in einer Phase der Ernüchterung und partiellen Abkühlung im Verhältnis von Russland zu seinen westlichen Partnern wie eine Bestätigung für schon auf dem Wege befindliche skeptische Beobachtungen wirkt. In Europa und Amerika bleibt das Interesse an politischer und wirtschaftlicher Stabilität in Russland und an guter Partnerschaft mit Moskau Priorität Nummer Eins, und dieses Interesse sieht man weiterhin in den Hän-

den des eindrucksvoll bestätigten Präsidenten gut aufgehoben. Aber es kommen zu viele schlechte Nachrichten aus dem Land: über die fortgesetzten Grausamkeiten im Tschetschenien-Krieg, über die Einschränkungen der Pressefreiheit, über unfaire Wahlkampagnen, über eine nicht nachvollziehbare schonungslose Ausübung von verliehener Macht, etwa von der Präsidentenpartei »Jedinaja Rossija« mit ihrer Zweidrittelmehrheit in der Duma nach den Parlamentswahlen, aber auch über eine ruppige Politik zugunsten russischer Nationalinteressen im Umgang mit der Europäischen Union und mit kleinen Nachbarstaaten. In diesem Kontext bestätigt der Fall Chodorkowskij Zweifel an der russischen Rechtspraxis, Zweifel auch an der Souveränität von Präsident Putin im Umgang mit potenziellen Rivalen und Konkurrenten, wie sie auch die Art der Präsidentschaftswahlkampagne Anfang des Jahres 2004 bestätigt hat.

Es ist dieser Zusammenhang, der dem Ausgang des Falls Chodorkowskij eine weit über Russland hinausreichende Aufmerksamkeit garantieren wird. Am 29.3.2004 veröffentlichte der weiterhin inhaftierte Jukos-Chef in der Zeitung »Wedomosti« einen längeren Artikel unter der Überschrift »Die Krise des russischen Liberalismus«. Es handelt sich um ein politisches (kein rechtliches) Schuldbekennnis, voller teils bis zur Plumpheit offener, teils subtiler politischer Botschaften. Der Oligarch rechnet mit den Kräften ab, die er bisher unterstützt hat und über deren schwache Reaktion – wohl auch in seiner Sache – und schließlich Kapitulation er bitter enttäuscht ist. Nicht die liberalen Demokraten hätten das Schlimmste verhindert, nämlich die Machtübernahme der Schirnowskijs und Rogosins mit ihren Phantasien von »nationaler Rache«, sondern Wladimir Putin, dem er bescheinigt, er sei 70 Prozent liberaler und demokratischer als das russische Volk. Es sei jetzt an der Zeit, die eigenen Fehler und die eigene Schuld einzugestehen. Man hätte zu lange für 10 Prozent der Bevölkerung Politik gemacht und die Sorgen des Rests ignoriert. In der Augustkrise 1998 beispielsweise, als eine dramatische Rubelabwertung die Bankeinlagen ungezählter kleiner Leute vernichtete, hätte man einen Ausgleich schaffen und diesen von den Kapitalmärkten abschöpfen müssen. Ein neuer Chodorkowskij stellt sich vor. Er will das Verhältnis Business – Staat neu definieren, wobei das Motto heißen sollte »Frage Dich, was Du für Russland tust!« Wir erleben einen »Oligarchen«, der offenbar sein Vorbild wechselt; von Rockefeller zu Kennedy. Es gehe darum, Anerkennung in Russland, nicht im Ausland zu erwerben. Und bei Putin müsse man neben der Person auch das Amt und dessen Würde sehen. Der Satz »schlechte Macht ist besser als gar keine« bedient zugleich die erwähnten westlichen Stabilitätsinteressen. Um diese mögliche Respektlosigkeit gegenüber



dem Präsidenten auszugleichen, erteilt Chodorkowskij ihm gleich im nächsten Punkt Absolution im Fall der Nordost-Theater-Tragödie und widerspricht ausdrücklich dem gegen Putin gerichteten Vorwurf der liberalen Präsidentschaftskandidatin Irina Chakamada in dieser Sache. Es gehe jetzt darum, den Privatisierungsvorgängen nachträglich eine soziale Legitimation zu verschaffen, und das ginge nur über die Bereitschaft des Big Business und der »Oligarchen«, »mit dem Volk zu teilen«. Eine entsprechende rigorose Steuerreform sei der richtige Weg dafür.

Hatte Gleb Pawlowskij doch Recht mit seiner Prognose, es werde ein Schauprozess vorbereitet? Zu dieser aus der russisch-sowjetischen Geschichte bekannten Institution gehört ein öffentliches Schuldbekenntnis des Angeklagten. Eines, das dann zur Waffe gegen die nächsten Beschuldigten umgeschmiedet wird, dem Bekenner aber in der Regel weder Leben noch Freiheit rettet.

So schlimm wird es wohl nicht kommen. Der Ausgang des Falles Chodorkowskij bleibt offen. Das Risiko für alle Beteiligten ist groß. Der Artikel des »Oligarchen« lenkt, nicht ohne Eigennutz, von strafrechtlichen Fragen ab und versucht, die ganze Angelegenheit auf eine grundsätzliche Weichenstellung zu orientieren. Mit oder ohne diesen einzelnen, aber exemplarischen Konflikt – Russland steht vor einer solchen Weichenstellung. Ein Land, das in so großem Ausmaß auf die Nutzung von Bodenschätzen und Energievorräten angewiesen ist, um die notwendige Modernisierung in einer sozialen Balance zum Erfolg zu führen, muss grundsätzliche Entscheidungen über das Verhältnis von Big Business, Staat und Gesellschaft treffen. Letztlich geht es darum, ob die Reise beim Modell Norwegen oder beim Modell Saudi-Arabien endet. Der glücklichste Fall wäre, wenn man eines Tages sagen könnte, dass der Konflikt um den »Oligarchen« Michail Chodorkowskij zwar einigen politischen Flurschaden angerichtet hat, letztlich aber das Terrain dafür bereitete, dass Russland in dieser wichtigen Zukunftsfrage die Weichen zugunsten einer Gesellschaft der gerechten Verteilung, der Stabilität und der Nachhaltigkeit stellen konnte.